

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:22350-2012:TEXT:DE:HTML>

**D-Karlsruhe: Öffentlicher Verkehr (Straße)**  
**2012/S 14-022350**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

Richtlinie 2004/18/EG

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Landkreis Karlsruhe  
Beiertheimer Allee 2  
Kontaktstelle(n): Landratsamt Karlsruhe  
Zu Händen von: Herrn Holger Benz  
76137 Karlsruhe  
DEUTSCHLAND

E-Mail: [kaemmereiamt.oepnv@landratsamt-karlsruhe.de](mailto:kaemmereiamt.oepnv@landratsamt-karlsruhe.de)

**Weitere Auskünfte erteilen:** die oben genannten Kontaktstellen

**Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:** die oben genannten Kontaktstellen

**Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:** die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung  
Sonstige: Verkehr

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: ja  
Landkreis Calw  
Vogteistraße 42-46  
75365 Calw  
DEUTSCHLAND

**Abschnitt II: Auftragsgegenstand**

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Busverkehrsleistungen für das Linienbündel Ettlingen I.

II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr 2: Landverkehr [2], einschließlich Geldtransport und Kurierdienste, ohne Postverkehr

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Landkreis Karlsruhe.

NUTS-Code DE123

- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**  
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**
- II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**  
Busverkehrsleistungen für das Linienbündel Ettlingen I im Landkreis Karlsruhe mit den Buslinien 101, 102, 106, 109 und - optional - im Landkreis Calw mit den Buslinien 113 und 116. Die Betriebsaufnahme ist zum Fahrplanwechsel Dezember 2012 vorgesehen.
- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**  
60112000
- II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**  
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja
- II.1.8) **Lose**  
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**  
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: ja
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**  
Ca. 34 400 Fahrplanstunden pro Normjahr (= 190 Schultage, 60 Ferientage, 52 Samstage und 63 Sonn- und Feiertage).
- II.2.2) **Angaben zu Optionen**  
Optionen: ja  
Beschreibung der Optionen: Der Landkreis Karlsruhe behält sich die Vergabe der Buslinien 113 und 116 im Landkreis Calw im Auftrag des Landkreises Calw vor.
- II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**  
Laufzeit in Monaten: 96 (ab Auftragsvergabe)

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**
- III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**  
Der Auftragnehmer erhält vom Auftraggeber einen finanziellen Ausgleich für die Erbringung der Leistungen, der sich nach den in seinem Angebot geäußerten Angaben für die Kosten der Gesamtleistung und den prognostizierten Einnahmen richtet (Differenz = Betriebskostenzuschuss). Einzelheiten sind in den Vergabeunterlagen geregelt.
- III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**  
Keine Vorgabe bezüglich der Rechtsform. Erforderlich ist eine plausible Aufgabenverteilung, die gesamtschuldnerische Haftung der einzelnen Unternehmen sowie die Angabe eines bevollmächtigten Vertreters.
- III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Die Eignung ist für jeden Bieter bzw. - bei Bietergemeinschaften - jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft gesondert schriftlich nachzuweisen. Die nachfolgenden Nachweise und Erklärungen sind daher - soweit nachfolgend nicht im Einzelfall anders angegeben - von jedem Bieter sowie jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft mit Abgabe des Angebots vorzulegen.

Bieter, die sich mehrfach - sei es als einzelnes Unternehmen, Mitglied einer Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer - an diesem Vergabeverfahren beteiligen, können wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Angebotsabgabe nicht beiliegende bzw. den Anforderungen formal bzw. inhaltlich nicht genügende Dokumente und Erklärungen unter Fristsetzung nachzufordern. Ein Anspruch der Bieter auf Nachforderung besteht nicht.

Sollte ein Bieter der Nachforderung nicht oder nicht fristgerecht nachkommen, wird gemäß § 19 Abs. 3 lit. a) EG VOL/A sein Angebot ausgeschlossen.

Vorstehende Vorgaben finden auch bei der Vorlage von Eignungsnachweisen gemäß Zif. III.2.2) (Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit) und III.2.3) (Technische Leistungsfähigkeit) Anwendung.

Die Bieter haben ihrem Angebot einen aktuellen Auszug aus dem Handelsregister (nicht vor dem 1.9.2011 datierend) beizufügen (bei Bietern aus einem anderen Mitgliedsstaat eine gleichwertige aktuelle Bescheinigung des Ursprungs- oder Herkunftslandes des Bieters mit Übersetzung ins Deutsche; falls keine Eintragungspflicht im Handelsregister besteht: eine formlose Erklärung, weshalb für die Bieter keine Eintragungspflicht besteht und darüber, wer die vertretungsberechtigten Personen sind). Hierfür ausreichend ist ein Ausdruck aus dem elektronischen Informations- und Kommunikationssystem, über das die Daten aus den Handelsregistern abrufbar sind.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: III.2.2.1 - Der Nachweis der Zuverlässigkeit sowie der wirtschaftlichen und der finanziellen Leistungsfähigkeit des Bieters erfolgt durch eine Erklärung des Bieters, dass zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe:

- über das Vermögen des Bieters weder ein Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet wurde oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens beantragt wurde oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
- der Bieter sich nicht in Liquidation befindet,
- im Gewerbezentralregistrauszug des Bieters zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe keine Eintragungen über rechtskräftige Verurteilungen wegen schwerer Verstöße gegen umweltschützende Vorschriften sowie gegen arbeits- und sozialrechtliche Pflichten oder gegen Vorschriften des PBefG oder der auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnungen vorliegen,
- der Bieter seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft nach den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaates, in dem er ansässig ist, stets ordnungsgemäß nachgekommen ist,
- der Bieter im Zeitpunkt der Angebotsabgabe ein den Anforderungen des § 2 Abs. 2 Nr. 2, Abs. 3 PBZugV entsprechendes Eigenkapital nachweisen kann,

— gegen den Bieter oder eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen nach § 6 Abs. 4 EG VOL/A zuzurechnen ist, keine rechtskräftige Verurteilung wegen schwerer Verstöße gegen strafrechtliche Vorschriften vorliegt.

III.2.2.2 - Nachweis einer Kfz-Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 100 000 000 EUR durch Vorlage einer aktuellen Bestätigung der Versicherung über die Deckung.

III.2.2.3 Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens folgenden Deckungssummen durch Vorlage einer aktuellen Bestätigung der Versicherung über die Deckung:

Für Personen-, Sach- und daraus resultierende Vermögensschäden pauschal je Versicherungsfall 10 000 000 EUR, für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres 20 000 000 EUR.

### III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Der Nachweis erfolgt durch die Vorlage von Referenzen des Bieters über vom Bieter in den letzten drei Jahren erbrachte Verkehre. Bieter können sich zum Nachweis der fachlichen Eignung auf die Referenzen Dritter berufen, wenn sie nachweisen, dass deren Leistungen oder Einrichtungen dem Bieter während der gesamten Vertragslaufzeit tatsächlich und unwiderruflich zur Verfügung stehen. Der Nachweis ist durch eine entsprechende Erklärung des Dritten, auf dessen Referenzen der Bieter sich beruft, zu erbringen.

Die geforderten Referenzen sind bei Bietergemeinschaften nicht von jedem Unternehmen gesondert vorzulegen. Die Bietergemeinschaft insgesamt muss über die geforderten Referenzen verfügen.

### III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

### III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

#### III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja  
Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: §§ 3 ff. PBZugV.

#### III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: nein

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### IV.1) **Verfahrensart**

#### IV.1.1) **Verfahrensart**

Offen

#### IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

#### IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

### IV.2) **Zuschlagskriterien**

#### IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

#### IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

### IV.3) **Verwaltungsangaben**

#### IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

- IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**  
**Vorinformation**  
Bekanntmachungsnummer im ABI: [2010/S 248-379893](#) vom 22.12.2010
- IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**  
Kostenpflichtige Unterlagen: nein
- IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**  
9.3.2012 - 12:00
- IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**  
Deutsch.
- IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**  
bis: 30.6.2012
- IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**  
Tag: 12.3.2012  
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: nein

#### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben**  
Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich auf dem unter folgender Internet-Adresse eingerichteten Sharepoint (webbasiertes Informationsportal) abrufbar: [https://sharepoint.kcw-online.de/vergabe\\_ettlingen\\_i/Vergabe](https://sharepoint.kcw-online.de/vergabe_ettlingen_i/Vergabe) (Groß- und Kleinschreibung beliebig).  
Bitte wenden Sie sich für Ihren persönlichen Zugangscode an die in I.1) benannte Kontaktstelle.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**  
Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe  
Karl-Friedrich-Straße 17  
76133 Karlsruhe  
DEUTSCHLAND  
Telefon: +49 7219264049  
Fax: +49 7219263985
- VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**  
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Es gilt die am 24.4.2009 in Kraft getretene Neufassung des GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung). Auf folgende Punkte wird hingewiesen:  
— § 101a Informations- und Wartepflicht:  
Demnach darf ein Vertrag erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information an die nicht berücksichtigten Bieter geschlossen werden. Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Tage.

— § 107 Einleitung, Antrag.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. Der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

17.1.2012